

**Datenblatt für Forschungs- und Untersuchungsvorhaben des BMVBS**

**Fachreferat: BAST**

**Projekt-Nr.:77.0497**

**Stand: Juni 2010**

<p><b>Thema:</b></p> <p><b>Sicherheitsverbesserungen bezüglich der Nutzung von Radwegen in Gegenrichtung</b></p>
<p><b>Art des Forschungsvorhabens</b></p> <p>2. Fachliche Daueraufgabe</p>
<p><b>Zentrale Politikfelder, denen das Forschungsvorhaben/Programmschwerpunkt dient</b></p> <p>7. Strategien für ein integriertes Verkehrssystem            9. Planung, Bau, Unterhaltung und Management von Verkehrsinfrastrukturen            10. Verkehrssicherheit</p>
<p><b>Sachbereiche Ressortforschung</b></p>
<p><b>Die Untersuchungsergebnisse werden benötigt für</b></p> <p>4. technische Regelwerke, Standard- und Normsetzung</p>
<p><b>Kurzbeschreibung des Vorhabens; sachlicher Kontext, rechtliche Verpflichtung</b></p> <p>Unfallanalysen zeigen, dass linksfahrende Radfahrer einer erheblich höheren Gefährdung ausgesetzt sind als rechtsfahrende Radfahrer, weil insbesondere einbiegende, wartepflichtige Kraftfahrer nicht mit Radfahrern von rechts rechnen. Der Anteil linksfahrender Radfahrer am Unfallgeschehen auf Radwegen kann bis zu 40 % betragen und liegt selbst im Durchschnitt bei ca. 20 %. Aufgrund der hohen Anteile rechtsfahrender Radfahrer am Unfallgeschehen ist diese Problematik wesentlich für die oft unbefriedigende Sicherheitsbilanz baulicher Radwege verantwortlich. In der VwV-StVO wurden deshalb für die Einrichtung von Zweirichtungsradwegen enge Grenzen gesetzt und im Regelfall Hinweisbeschilderungen für den Kfz Verkehr gefordert. In Regelwerken (z. B. ERA 95, ERA 10-Entwurf) werden ergänzende, z.B. markierungstechnische Maßnahmen empfohlen.</p> <p>In der kommunalen Praxis wird mit dem Problem unterschiedlich umgegangen. Zum Teil wird angestrebt, das Linksfahren gezielt zu unterbinden, zum Teil wird es in der Erwartung geduldet, dass unerlaubt linksfahrende Radfahrer sich vorsichtiger verhalten als bei einer Legalisierung, zum Teil wird auf Radwegen verstärkt Zweirichtungsverkehr - mit unterschiedlichen Sicherungsmaßnahmen – zugelassen.</p> <p>Über die Auswirkungen dieser Handlungsansätze auf die Verkehrssicherheit und das Verhalten der Verkehrsteilnehmer gibt es derzeit keine gesicherten Erkenntnisse.</p> <p>Mögliches Vorgehen beim Forschungsvorhaben:</p>

- Auswertung nationaler und internationaler Fachliteratur sowie von Regelwerken und Vorschriften
- Auswahl und Beschreibung geeigneter Fallbeispiele in Kommunen unterschiedlicher Größe insbesondere zum Ausmaß des Linksfahrens bei unterschiedlichen Randbedingungen sowie zum Vergleich legaler und unerlaubter Nutzung
- Mehrjährige Unfallanalyse für die Untersuchungsfälle
- Empirische Untersuchungen (insbesondere Erhebungen zu Art und Maß der Nutzung durch den Radverkehr)
- Bewertung der Regelungen hinsichtlich der Auswirkungen auf die Nutzung und die Verkehrssicherheit - Ableitung praxisorientierter Empfehlungen zur Anwendung in den Kommunen und zur Einarbeitung in Regelwerke.

**Zu erreichendes Ziel; was ist als Ergebnis zu erwarten?**

Über die Auswirkungen der in der Kurzbeschreibung aufgezeigten Handlungsansätze auf die Verkehrssicherheit und das Verhalten der Verkehrsteilnehmer gibt es keine gesicherten Erkenntnisse.

Die Untersuchung soll für Straßen innerhalb bebauter Gebiete die Verkehrssicherheit für Radwege mit erlaubten und unerlaubten Linksfahrern unter Berücksichtigung ihrer verkehrlichen Nutzung vergleichend untersuchen, die Wirksamkeit von Sicherungsmaßnahmen auf Zweirichtungsradwegen bewerten und die Effizienz von Maßnahmen zur Verminderung des unerlaubten Linksfahrens abschätzen.

**Forschungsnetzwerk (Verknüpfung mit anderen Untersuchungen)**

**Folgen, wenn das Forschungsvorhaben/der Programmschwerpunkt in diesem Haushaltsjahr nicht durchgeführt wird.**

Die Ergebnisse der Untersuchung sollen dazu dienen,

- Kommunen und Straßenbauasträgern klassifizierter Straßen praxisorientierte Handreichungen zu bieten, wie mit diesem gravierenden Sicherheitsproblem umzugehen ist.
- die Einsatzbedingungen zu präzisieren, wann das Linksfahren zugelassen werden sollte und mit welchen Vorkehrungen und Maßnahmen es besser gesichert werden kann.
- Für die Erarbeitung und Weiterentwicklung von Regelwerken und Straßenverkehrsrecht Hinweise zu geben.

Neben der Erhöhung der Verkehrssicherheit dient das Forschungsvorhaben damit auch der zielgerichteten Steuerung von radverkehrsbezogenen Investitionen (z. B. für die Anlage von Radwegen und Überquerungshilfen). Dies ist zu beachten, wenn das Forschungsvorhaben nicht durchgeführt wird.

Es ist auch zu beachten, dass die Untersuchung ein wesentlicher Baustein im Rahmen zahlreicher Forschungsvorhaben zur Erhöhung der Verkehrssicherheit des Radverkehrs ist. Sie knüpft direkt an die Ergebnisse des Forschungsprojektes FE 82.262 "Unfallrisiko, Konfliktpotenzial und Akzeptanz der Verkehrsregelung von Radfahrern" an.

**Haushaltsstelle/Finanzierungsstelle**

Kapitel 1218

Titel 54401

Vsl. Bearbeitungszeit: von:

bis:

